



SATZUNG des Haus & Grund in Stormarn e.V.

§ 1 Name und Sitz Der eingetragene Verein Haus- und Grund in Stormarn e.V., im folgenden „Verein“ genannt, hat seinen Sitz in 23843 Bad Oldesloe. Er ist in das Vereinsregister eingetragen und Mitglied des Verbandes Schleswig-Holsteinischer Haus-, Wohnungs- und Grundeigentümer e.V.

§ 2 Aufgaben 1.) Der Verein hat die Aufgabe, die gemeinschaftlichen, örtlichen Belange des Haus- und Grundeigentums wahrzunehmen. Ihm obliegt es namentlich, seine Mitglieder zu informieren, zu beraten und zu betreuen sowie allgemein das Verständnis für die Wohnungspolitik und die Aufgaben des Zentralverbandes der Haus- und Grundeigentümer zu fördern.

2.) Zur Erfüllung seiner Aufgaben ist der Verein insbesondere befugt:

- a.) den örtlichen Zusammenschluss aller Haus- und Grundeigentümer zu fördern,
- b.) Einrichtungen über die Betreuung und Belehrung über die Haus- und Grundeigentümer zu unterhalten.

§ 3 Geschäftsjahr 1.) Das Geschäftsjahr ist das Kalenderjahr.

§ 4 Mitgliedschaft 1.) Mitglieder des Vereins können auf Antrag natürliche oder juristische Personen werden, die über Haus-, Wohnungs- oder Grundeigentum oder über ein sonstiges dingliches Recht, z. B. Erbbaurecht, verfügen, oder eines der vorgenannten Rechte anstreben. Für Verwalter von Haus-, Wohnungs- und Grundeigentum gilt Satz 1 entsprechend.

2.) Über die Aufnahme von Mitgliedern entscheidet der Vereinsvorstand.

3.) Die Mitgliedschaft endet: a.) durch Austritt. Er ist nur zum Schluss eines Kalenderjahres zulässig und dem Vereinsvorsitzenden spätestens 6 Monate vor Jahresschluss schriftlich anzuzeigen, b.) durch Tod, ab Mitteilung durch Erben, c.) durch Ausschluss

Der Ausschluss kann erfolgen:

- aa.) wegen Nichterfüllung der dem Mitglied nach der Satzung obliegenden Pflichten,
- bb.) wegen Nichterfüllung der satzungsmäßigen Beiträge trotz vorheriger Mahnung des Vorstandes mit Hinweis auf die Ausschlussmöglichkeit,
- cc.) bei Schädigung des Ansehens des Vereins oder der Belange des Haus-, Wohnungs- und Grundeigentums,
- dd.) aus einem sonstigen wichtigen Grund.

Der Ausschluss erfolgt nach schriftlicher oder mündlicher Anhörung des betroffenen Mitgliedes durch Vorstandsbeschluss. Gegen die Entscheidung auf Ausschluss steht dem Mitglied innerhalb von 4 Wochen nach Zustellung des Beschlusses die Beschwerde an die Mitgliederversammlung zu. Gegen den Beschluss der Mitgliederversammlung ist binnen eines Monats nach Zustellung der ordentliche Rechtsweg gegeben.

Mit dem Tag der Beendigung der Mitgliedschaft erlöschen alle Ansprüche an den Verein, auch an dessen Vermögen. Verbindlichkeiten gegenüber dem Verein bleiben unberührt. Für die Dauer des Ausschlußverfahrens ruhen Rechte und Pflichten des betroffenen Mitgliedes.

§ 5 Ehrenmitgliedschaft 1.) Die Mitgliederversammlung kann Personen, die sich in hervorragender Weise um das Haus-, Wohnungs- und Grundeigentum verdient gemacht haben, auf Vorschlag des Vorstandes zu Ehrenmitgliedern des Vereins ernennen. Ehrenmitglieder können von der Zahlung des Jahresbeitrages befreit werden.

§ 6 Rechte und Pflichten der Mitglieder 1.) Die Mitglieder sind berechtigt,

- a.) an allen Versammlungen und Veranstaltungen des Vereins teilzunehmen und die Rechte auszuüben, die ihnen in der Mitgliederversammlung zustehen,
- b.) alle für die Mitglieder bestimmten Einrichtungen des Vereins zu benutzen, c.) unentgeltlich Rat und Auskunft in allen die Grundstücks- und Wohnungswirtschaft betreffenden Angelegenheiten zu beanspruchen. 2.) Die Mitglieder sind verpflichtet, a.) den Verein bei der Durchführung seiner Aufgaben nach Kräften zu unterstützen,
- b.) das Veröffentlichungsorgan des Landesverbandes Schleswig-Holsteinischer Haus-, Wohnungs- und Grundeigentümer e.V. zu beziehen,
- c.) die satzungsmäßigen Beiträge zu zahlen.

§ 7 Beiträge 1.) Die Höhe des Jahresbeitrages wird von der Mitgliederversammlung beschlossen. Bei juristischen Personen, bei Mitgliedern mit mehr als 20 Wohn- bzw. Gewerbeeinheiten sowie bei Eigentümergemeinschaften mit 15 und mehr Wohn- und Gewerbeeinheiten, setzt der Vorstand die Beiträge nach billigem Ermessen fest.

Im Jahresbeitrag ist die Bezugsgebühr für das Veröffentlichungsorgan des Landesverbandes enthalten. Der Vorstand kann eine Aufnahmegebühr festsetzen.

2.) Die laufenden Beiträge sind jährlich im voraus zu zahlen.

3.) Der Verein kann für die Vertretung eines Mitglieds vor Behörden und Gerichten, sowie für die Anfertigung von Schriftsätzen von dem Mitglied für die entstandenen Kosten und Auslagen Sonderbeiträge verlangen.

§ 8 Organe 1.) Die Organe des Vereins sind: 1.) die Mitgliederversammlung 2.) der Vereinsvorstand 3.) dem Rechnungsprüfungsausschuss

§ 9 Mitgliederversammlung 1. Die Mitgliederversammlung ist mindestens einmal im Jahr einzuberufen. Ort, Tag, Zeit und Tagesordnung setzt der Vereinsvorstand fest.

Die Versammlung dient der Unterrichtung, Aussprache und Beschlussfassung über die Tätigkeit des Vereins zur Erfüllung der ihm obliegenden Aufgaben. Dazu gehören:

- a.) die Wahl des Vereinsvorstandes,
- b.) die Entgegennahme des Jahres-, Kassen- und Revisionsberichtes,
- c.) die Erteilung der Entlastung des Vereinsvorstandes
- d.) die Genehmigung des Haushaltsplanes
- e.) die Wahl der Rechnungsprüfer
- f.) die Festsetzung der Höhe der Jahresbeiträge
- g.) die Ernennung von Ehrenmitgliedern
- h.) die Änderung der Satzung
- i.) die Auflösung des Vereins.

2.) Außerordentliche Mitgliederversammlungen sind einzuberufen, wenn

- a.) das Interesse des Vereins es erfordert
- b.) 5 % der Mitglieder, die dem Landesverband gemeldet sind, mindestens 20 Mitglieder des Vereins, dieses schriftlich unter Angabe der Gründe von dem Vorstand verlangt
- c.) der Vorstand des Landesverbandes der Schleswig-Holsteinischen Haus-, Wohnungs- und Grundeigentümer e.V. die Einberufung einer Mitgliederversammlung unter Angabe von Gründen verlangt.

- 3.) Über den Verlauf und die Beschlüsse der Mitgliederversammlung ist eine Niederschrift zu fertigen, die von dem Vorsitzenden und von dem Protokollführer zu unterschreiben ist.
- 4.) Die Mitgliederversammlung muss schriftlich oder durch die Tagespresse oder in dem Veröffentlichungsorgan des Landesverbandes unter Bekanntgabe der Tagesordnung mit einer Ladungsfrist von mindestens 2 Wochen einberufen werden. Der Vorsitzende leitet die Versammlung.
- 5.) Die Mitgliederversammlung beschließt mit einfacher Stimmenmehrheit. Jedes Mitglied hat eine Stimme. Bei Stimmgleichheit gilt der Antrag als abgelehnt (Entscheidet die Stimme des Vorsitzenden). Bei der Berechnung der Stimmenmehrheit zählen nur die Ja- und Nein-Stimmen.
- 6.) Wahlen erfolgen durch offene Abstimmung, auf Antrag von einem Viertel der anwesenden Mitglieder durch Stimmzettel. Gewählt ist, wer mehr als die Hälfte der abgegebenen Stimmen auf sich vereinigt. Erhält niemand diese Mehrheit, so findet eine Stichwahl zwischen den beiden mit den höchsten Stimmzahlen bedachten Bewerbern statt. Ergibt die Stichwahl Stimmgleichheit, so entscheidet das Los.
- 7.) In der Mitgliederversammlung kann sich jedes Mitglied durch einen Bevollmächtigten vertreten lassen. Die Vertretungsbefugnis ist schriftlich nachzuweisen. Jeder Bevollmächtigte hat nur eine Stimme. Stimmberechtigt ist nur, wer die fälligen Beiträge gezahlt hat.
- 8.) Anträge für die Mitgliederversammlung müssen eine Woche vor dem Versammlungstag bei dem Vorstand schriftlich eingegangen sein.

§ 10 Vereinsvorstand 1.) Der Vorstand besteht aus dem Vorsitzenden, seinem Stellvertreter, zwei weiteren Vorstandsmitgliedern und Kraft Amtes dem/der vom Vorstand bestellten Geschäftsführer/-in. Bis auf den/der Geschäftsführer/-in üben die Vorstände ihre Aufgabe ehrenamtlich aus. Der Vereinsvorstand ist befugt für bestimmte Aufgaben Fachbeiräte zu berufen.

Der Vereinsvorstand (ohne Geschäftsführer/-in) wird von der Mitgliederversammlung gewählt, der Vorsitzende und sein Stellvertreter jeweils im einzelnen Wahlgang.

- 2.) Die Amtszeit der Vorstandsmitglieder beträgt 4 Jahre. Sie endet mit der Neu- oder Wiederwahl auf der Mitgliederversammlung des Wahljahres. Jedes Vorstandsmitglied kann von der Mitgliederversammlung mit 2/3 der gültigen Stimmen abgewählt werden. Entsprechende Neuwahl hat noch auf der Mitgliederversammlung zu erfolgen.
- 3.) Bei Ausscheiden eines Vorstandsmitgliedes während der Amtszeit nimmt der Vereinsvorstand bis zur nächsten Mitgliederversammlung eine Ersatzwahl vor. Die Ersatzwahl der nächsten Mitgliederversammlung gilt für die restliche Amtszeit des Ausgeschiedenen. Scheidet zwischen zwei ordentlichen Mitgliederversammlungen die Hälfte der Vorstandsmitglieder aus, so ist der innerhalb eines Monats einzuberufenden außerordentlichen Mitgliederversammlung eine Ersatzwahl für die restlichen Amtszeiten der Ausgeschiedenen vorzunehmen.
- 4.) Dem Vereinsvorstand obliegt die Leitung des Vereins und die Verwaltung des Vereinsvermögens nach den Beschlüssen der Mitgliederversammlung. Der Vorstand hat alle Maßnahmen zu treffen, die zur Erfüllung der Aufgaben des Vereins erforderlich sind.
- 5.) Der Vereinsvorstand tritt nach Bedarf zusammen. Er ist beschlussfähig, wenn mindestens die Hälfte seiner Mitglieder anwesend ist. Seine Beschlüsse werden mit einfacher Stimmenmehrheit gefasst. Bei Stimmgleichheit entscheidet die Stimme des Vorsitzenden. Der Vereinsvorstand wird vom Vorsitzenden, im Falle seiner Verhinderung von seinem Stellvertreter einberufen. Er ist einzuberufen, wenn mindestens 1/3 der Vorstandsmitglieder diese verlangt. Über jede Sitzung ist eine Niederschrift zu fertigen, die von dem Vorsitzenden und dem Schriftführer zu unterzeichnen ist.
- 6.) Vorstand im Sinne des § 26 BGB sind der Vorsitzende, der stellvertretende Vorsitzende und der Schatzmeister. Jeder ist allein vertretungsberechtigt. Im Innenverhältnis darf der stellvertretende Vorsitzende den ersten Vorsitzenden nur vertreten, wenn dieser verhindert ist.
- 7.) Dem Vorstand kann eine angemessene Aufwandsentschädigung gewährt werden. Das Nähere regelt der Vorstand durch Beschluss.

§ 11 Satzungsänderung 1.) Änderungen dieser Satzung bedürfen einer 2/3-Mehrheit der gültigen Stimmen in der Mitgliederversammlung. Ein Beschluss über die Satzungsänderung ist nur möglich, wenn in der Einladung zur Mitgliederversammlung die Änderungsanträge bekannt gegeben sind.

2.) Der Vereinsvorstand wird ermächtigt, eine klarstellende Änderung der Satzung zu beschließen, soweit eine solche zur Behebung der Beanstandung des Registergerichtes bei der Eintragung in das Vereinsregister erfolgen muss.

§ 12 Auflösung des Vereins 1.) Der Verein kann durch Beschluss der Mitgliederversammlung aufgelöst werden. Der Auflösungsantrag kann vom Vereinsvorstand der Mitgliederversammlung unterbreitet werden. Der Antrag kann auch von mindestens der Hälfte der Vereinsmitglieder gestellt werden.

- 2.) Vor der Beschlussfassung ist des Landesverband der Haus-, Wohnungs- und Grundeigentümer gutachterlich zu hören. Seine Stellungnahme ist der beschließenden Versammlung vorzulegen.
- 3.) Der Auflösungsbeschluss erfordert die Anwesenheit von $\frac{3}{4}$ der stimmberechtigten Mitglieder und eine $\frac{3}{4}$ -Mehrheit der abgegebenen gültigen Stimmen. Ist die Versammlung nicht beschlussfähig, so muss innerhalb von 6 Wochen eine neue Mitgliederversammlung einberufen werden, die ohne Rücksicht auf die Zahl der Erschienenen mit $\frac{3}{4}$ -Mehrheit der Anwesenden die Auflösung beschließen kann.
- 4.) Im Falle der Auflösung findet eine Liquidation statt, die der zuletzt amtierende Vereinsvorsitzende als Liquidator durchzuführen hat. Über die Verteilung des nach Bestreitung der Verpflichtung des Vereins vorhandenen Vermögens beschließt die Mitgliederversammlung, die den Beschluss über die Auflösung des Vereins gefasst hat.

§ 13 Schlichtung von Streitigkeiten Zur Schlichtung von Streitigkeiten innerhalb des Vereins kann der Vereinsvorsitzende einen Schlichtungsausschuss bilden. Er benennt den Vorsitzenden und jede Streitpartei einen Beisitzer für den Ausschuss.

§ 14 Gerichtsstand Zuständig für alle Rechtsstreitigkeiten, die sich aus dieser Satzung ergeben, ist das Amtsgericht, bei dem der Verein im Vereinregister eingetragen ist.

§ 15 Datenschutzregelung 1.) Mit dem Vereinsbeitritt nimmt der Verein die für die Erfüllung der Vereinsaufgaben und die Durchführung der Mitgliedschaft notwendigen persönlichen Daten im gesetzlich zulässigen Umfang auf.

- 2.) Diese persönlichen Informationen werden von dem Verein verarbeitet (Speicherung, Veränderung, Übermittlung, Löschung). Jedem Vereinsmitglied wird dabei eine Mitgliedsnummer zugeordnet. Eine anderweitige, über die Erfüllung seiner satzungsgemäßen Aufgaben und Zwecke hinausgehende Datenverwendung ist dem Verein nur erlaubt, sofern er aus gesetzlichen Gründen hierzu verpflichtet ist.
- 3.) Der Verein trägt dafür Sorge, dass die personenbezogenen Daten des Mitglieds durch geeignete technische und organisatorische Maßnahmen vor unbefugter Kenntnisnahme Dritter geschützt werden.
- 4.) Jedes Mitglied hat im Rahmen der gesetzlichen Vorschriften das Recht auf Auskunft über die zu seiner Person gespeicherten Daten, deren Empfänger, den Zweck und die Dauer der Speicherung sowie auf Berichtigung, Löschung oder Sperrung seiner Daten.
- 5.) Die personenbezogenen Daten werden, soweit sie nicht zur Durchführung der Mitgliedschaft oder zur Erfüllung gesetzlicher Pflichten des Vereins benötigt werden, gelöscht.